

Antrag

der Abg. Nadyne Saint-Cast und Erwin Köhler u. a. GRÜNE

Stärkung der Resilienz des baden-württembergischen Wissenschaftssystems und Schutz von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vor politisch motivierter Einflussnahme

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Formen von politisch motivierter Einflussnahme auf Forschung und Lehre verzeichnet werden;
2. wie sie die aktuelle Gefährdungslage für die Wissenschaftsfreiheit und die Handlungsfähigkeit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg bewertet;
3. welche Bedeutung die Landesregierung Kampagnen in sozialen Medien und Cyberangriffen für die Gefährdung von Forschenden, Lehrenden sowie wissenschaftlichen Einrichtungen beimisst;
4. wie sie die Gemeinsame Deklaration der Wissenschaftsministerkonferenz „Wissenschaftsfreiheit und Resilienz – Grundlagen eines starken Wissenschaftssystems“ vom 9. Juli 2026 bewertet und welche Handlungsbedarfe sie daraus für Baden-Württemberg ableitet;
5. welche Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz des Wissenschaftssystems die Landesregierung im Rahmen des von Baden-Württemberg und Brandenburg angestoßenen Prozesses bereits eingeleitet hat;
6. welche rechtlichen und organisatorischen Vorkehrungen die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes vor politischer Einflussnahme schützen;
7. wie eine verlässliche Finanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen gesichert und eine sachfremde Einflussnahme über die Vergabe oder Kürzung von Mitteln verhindert wird;
8. wie die Landesregierung die aktuelle Gefährdungslage für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Baden-Württemberg durch politisch motivierte Einflussnahme, insbesondere durch Einschüchterungen, Bedrohungen und Hasskampagnen, bewertet und welche Unterstützungsbedarfe sie daraus ableitet;
9. welche Strukturen, Ansprechstellen oder Unterstützungsangebote an den Hochschulen des Landes für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bestehen, die aufgrund ihrer Forschung Ziel von Bedrohungen, Kampagnen oder rechtlichen Angriffen werden;
10. welche weiteren Maßnahmen sie gemeinsam mit anderen Ländern sowie auf Ebene der Wissenschaftsministerkonferenz plant, um die Resilienz des Wissenschaftssystems gegenüber politisch motivierter Einflussnahme bundesweit zu stärken.

20.10.2026

Saint-Cast, Köhler, Gericke, Kollmann, Dr. Leidig, Seemann GRÜNE

Begründung

Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ein zentraler Bestandteil unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Zugleich berichten Forschende bundesweit wie international zunehmend von Einschüchterungen, organisierten Hasskampagnen, Bedrohungen oder juristischen Druckstrategien, die sich gezielt gegen wissenschaftliche Arbeit zu gesellschaftlich kontroversen Themen richten. Besonders betroffen sind unter anderem Forschende zu Rechtsextremismus, Klima-, Transformations- oder Genderforschung. Solche Entwicklungen können dazu führen, dass wissenschaftliche Arbeit aus Angst vor persönlichen Konsequenzen eingeschränkt wird und damit die Wissenschaftsfreiheit faktisch unter Druck gerät.

Vor diesem Hintergrund hat Baden-Württemberg gemeinsam mit Brandenburg und im Auftrag der Wissenschaftsministerkonferenz der Länder einen bundesweiten Prozess zur Stärkung der Resilienz des Wissenschaftssystems angestoßen. Angesichts aktueller politischer Entwicklungen wie zunehmender Wahlerfolge demokratiefeindlicher Parteien stellt sich die Frage, wie Forschende geschützt werden können. Befunde des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung zeigen eine Zunahme von Anfeindungen und Wissenschaftsfeindlichkeit gegenüber Forschenden. Auch die derzeitigen internationalen Entwicklungen, dokumentiert im Scholars at Risk Report 2025, verdeutlichen, wie schnell politische Einflussnahme die institutionelle Handlungsfähigkeit und Wissenschaftsfreiheit unter Druck setzen kann. Daher weisen wissenschaftliche Handlungsempfehlungen wie das Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg darauf hin, dass einzelne Hochschulen solche Herausforderungen nur begrenzt allein bewältigen können und koordinierte Unterstützungsstrukturen erforderlich sein können.